

[22.10.2010]

Jadin: »Unmenschliche Vorgehensweise«

Zusatzprüfung für »Kines« angeprangert

Im Gesundheitsausschuss der Kammer äußerte die ostbelgische Abgeordnete Katrin Jadin (PFF) ihren Missmut über eine Zusatzprüfung für diplomierte Kinesitherapeuten, der sie sich zwecks Zuerkennung ihrer Inami-Nummer unterziehen müssen, wenn sie das Selbstständigenstatut vollends behalten wollen.

Trotz ihres vierjährigen Studiums müssten sich die diplomierten Kinesitherapeuten direkt im Anschluss einer weiteren Auswahlprüfung stellen, monierte Jadin. Bis zur endgültigen Inami-Registrierung erhielten sie lediglich eine zeitweilige Nummer. In diesem Jahr könnten zudem nur 293 Inami-Nummern vergeben werden, obwohl 393 Kandidaten zur Verfügung stehen. Die Abgeordnete stellte sich deshalb die Frage, was mit den übrigen 100 Kinesitherapeuten geschehen werde. Sie verwies vor allem auf den entmutigenden Charakter dieser Vorgehensweise für junge Diplomierte, die bereit seien sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und von denen vielen auch bereits als Selbstständige arbeiten und demnach auf eine Inami-Nummer angewiesen seien. Gesundheitsministerin Laurette Onkelinx (PS) war in ihrer Antwort deutlich: Die Prüfung werde in diesem Jahr stattfinden, eine Annullierung werde es nicht geben.

Jadin wies zudem auf das Los der deutschsprachigen Kandidaten hin, die diese Prüfung nicht in ihrer Muttersprache ablegen dürfen. Das Erreichen eines Durchschnittsergebnis von 15/20 sowie die Schnelligkeit, mit der dieser Test absolviert werden muss, stelle für Diplomierte aus der DG eine zusätzliche Belastung dar. Auch in diesem besonderen Fall konnte die zuständige Ministerin keinen Verbesserungsvorschlag vorbringen.

Jadin und ihr Fraktionskollege David Clarinval wollen nun schnellstmöglich einen Gesetzesvorschlag hinterlegen, um die Zusatzprüfung für diplomierte »Kines« noch in diesem Jahr abzuschaffen. »Diese Vorgehensweise ist unmenschlich und ungerecht, vor allem vor dem Hintergrund des allgemeinen Mangels an Kinesitherapeuten in Belgien. Dem muss mit aller Vehemenz Einhalt geboten werden. Das Parlament hat die Befugnis; dort einzugreifen«, so Jadin.